

**NEUE FORMEN DER SOLIDARITÄT UND DES BÜRGERSCHAFTLICHEN
ENGAGEMENTS -
PERSPEKTIVEN EINER DEMOKRATISCHEN WOHLFAHRTSGESELLSCHAFT**

Heiner Keupp

Referat bei der Tagung „Egoismus und Gemeinsinn. Neue Formen der Solidarität und des Teilens“ am 4. Dezember 1998 in Bad Zwischenahn

Meine Überlegungen zur Sozialpolitik haben nicht den Anspruch, den Grundriß für einen Gesamtentwurf künftiger Sozialpolitik zu zeichnen. Dazu sehe ich mich fachlich gar nicht in der Lage. Aber die Gemeindepsychologie hat durchaus Konzepte, die für die Sozial- und Gesundheitspolitik Anregungen und Orientierungspunkte liefern könnten. Hinzu kommt der aktuelle kommunitaristische Diskurs, den es sozialpolitisch auszulegen gilt. Ich beziehe mich in meinen sozialpolitischen Zukunftsorientierungen auf drei wichtige und innovative Konzeptressourcen, die durchaus miteinander verknüpft sind oder verknüpft werden könnten: Auf die kommunitaristische Diskussion; die Programme und Ideen von Public Health und die Empowermentphilosophie.

Leitlinien künftiger Sozialpolitik sollten Ergebnis einer kritischen Evaluation jener Lernprozesse sein, die in der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte enthalten sind. Fiskalpolitische Überlegungen sind dabei notwendig, aber sie können eine inhaltliche Leitbildformulierung für eine zu entwickelnde "Wohlfahrtsgesellschaft" (Dettling 1995) nicht ersetzen. Das Leitbild einer "Wohlfahrtsgesellschaft" sollte einerseits von dem Grundbedürfnis der Menschen ausgehen, "Subjekt des eigenen Handelns zu sein" (so Helmut Klages in Körber-Stiftung 1993, S. 40), das in einer individualisierten Gesellschaft gewachsen ist; andererseits sollte das Prinzip kollektiver Sicherungssysteme zur Abpufferung gesellschaftlicher Existenzrisiken grundlegend bleiben. Aus der Verknüpfung dieser beiden Prinzipien folgt, daß auch die notwendigen sozialstaatlichen Leistungen neu gestaltet werden müssen. Sozialstaatliche Leistungen waren bislang individualisierte Kompensationsleistungen und sollten künftig vom Grundsatz der Ermöglichung und Förderung von Lebenssouveränität bestimmt sein.

Gegenwärtig fehlt ein konsensfähiger Vorschlag für eine umfassende Neukonzeption sozialer Sicherungssysteme, aber es gibt diskussionswürdige Bausteine für eine zukunftsfähige Sozialpolitik. Sie stammen aus innovativen Erfahrungszusammenhängen wie der Selbsthilfebewegung und den Ansätzen zu kommunitaristischen Initiativen zur Förderung „bürgerschaftlichen Engagements“. Aus diesen Erfahrungszusammenhängen möchte ich folgende Fragen für die weiteren Überlegungen aufgreifen:

1. Wie können Erfahrungen der Selbsthilfeförderung in die allgemeinen wohlfahrtsstaatlichen Leistungsprogramme einbezogen werden?
2. Wie kann "bürgerschaftliches Engagement" zu einer eigenständigen Säule kommunaler Sozialpolitik werden?
3. Wie kann Empowerment bei besonders benachteiligten Bevölkerungsgruppen (z.B. psychiatrische PatientInnen, Schwerbehinderte, Obdachlose) aussehen?
4. Wie sollten sozial- und gesundheitspolitische Steuerungsprogramme aussehen, die von der Patho- auf die Salutogenese umsteuern können?
5. Wie müsste ein bundesrepublikanisches Programm des Kommunitarismus aussehen?
6. Wie könnte das partizipative Element in einer Wohlfahrtsgesellschaft gefördert werden?

DIE FEHLPROGRAMMIERUNGEN GEGENWÄRTIGER SOZIALPOLITIK

Mehr als hundert Jahre Sozialstaat haben sich in unseren Erwartungen an und Haltungen zur Sozialpolitik als Muster festgesetzt. Die *bestehende Sozialpolitik* wird von spezifischen Leitbildern und Menschenbildannahmen geprägt, die wie konditionierte Reflexe funktionieren. Sie müssen kritisch evaluiert werden: Sind sie für Strukturüberlegungen zu einer künftigen Sozialpolitik tauglich?

1. "Kinder in Not": Ohne eigenes Verschulden in Not geratenen Menschen gegenüber, die unfähig sind, ihr eigenes Leben zu bewältigen, ist sozialstaatliche Hilfe erforderlich. Zugleich aber ist eine Haltung "fürsorglicher Belagerung" notwendig.
2. "Entstörung": Sozialpolitik hat die Funktion sozialer Kontrolle abweichenden Verhaltens zu erfüllen. Unangemessene Verhaltensweisen/Persönlichkeitsstrukturen sind zu korrigieren oder zu therapieren

bzw. veränderungs-resistentes Störpotential ist so zu verwalten, daß es gesellschaftlich möglichst wenig Schaden anrichtet.

3. "Das Kind ist schon in den Brunnen gefallen": Sozialpolitik wird wirksam, wenn sich Probleme manifestiert haben. Dieses "kurative Modell" konzentriert sich auf Kompensation/Reparatur von Krankheit, Behinderung, psychischen Störungen.

4. "Symptomträger ist immer das Individuum": Dienstleistungen staatlicher Sozialpolitik erfordern die Individualisierung der Probleme. Nur Notlagen, Symptome oder Leidenszustände, die eine einzelne Person geltend machen kann oder ihr zugerechnet werden können, sind sozialstaatlich bearbeitbar.

5. "In den Blick gerät nur, was eine Person" nicht kann. Sozialstaatliche Leistungen gehen immer von Defiziten und nicht von Ressourcen aus.

Die Maßnahmebündel und Dienstleistungen, die aus diesen Annahmen folgen, haben keinen unwesentlichen Anteil an der immer wieder kritisch konstatierten passiven und individualistischen Konsumhaltung der BürgerInnen der Bundesrepublik gegenüber den wohlfahrtsstaatlichen Leistungen. In manchen Kritiken werden sie wie verwöhnte Wohlstandskinder karikiert, die nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht seien, aber nicht dazu bereit wären, etwas für die Gemeinschaft zu geben. Die individualistische Haltung gegenüber wohlfahrtsstaatlichen Leistungen ist in der Logik bestehender sozialpolitischer Leistungsstrukturen selbst begründet: Kodifiziert sind an individuelle Leistungen gekoppelte individuelle Rechtsansprüche auf staatliche Risikosicherung. Bestehende Sozialpolitik sozialisiert die BürgerInnen zu einer solchen Haltung und dadurch entsteht das, was Guldemann et al. (1978, S. 27) als die "Sicherung der sozialpsychologischen Infrastruktur" unserer Arbeitsgesellschaft bezeichnet haben. Diese Sozialisationsfunktion staatlicher Sozialpolitik steht offensichtlich in Zeiten neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Disposition und wird demontiert. Allerdings in Form einer völlig unangemessenen Kritik an den NutzerInnen der Leistungen staatlicher Sozialpolitik.

Eine alternative Herangehensweise an ein Zukunftsprojekt Sozialpolitik müßte stattdessen von jenen basalen Prozessen ausgehen, die mit der

genauerer Analyse alltäglicher Lebens- und Krisenbewältigung ins Zentrum rückten. Eine zentrale Aufgabe von Sozialpolitik ist die Herstellung bzw. die Ermöglichung gesellschaftlicher Solidarität. Wenn dies konsensfähig ist, dann zielt die nächste Frage auf die sozialpsychologischen Bedingungen von Solidarität im Alltag, nennen wir es "Alltagssolidarität". Hiermit begeben wir uns auf die Ebene des alltäglichen Umgangs mit Krisen, Risiken, Krankheiten und Behinderungen und dem individuellen oder mikrosozialen Umgang mit diesen Problemlagen: Welche Ressourcen können aktiviert werden, um mit ihnen möglichst effektiv umgehen zu können? In der Erforschung dieser Prozesse ist die zentrale Bedeutung sozialer Netzwerke ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Die Bewältigung von Problemlagen wird entscheidend von den sozialen Unterstützungsressourcen bestimmt, die aus dem jeweiligen Netzwerk mobilisiert werden können. Jede sinnvolle Gesundheitsförderung oder präventive Sozialpolitik muß deshalb auch Netzwerkförderung sein. Die heute relevanten Netzwerke sind in abnehmendem Maße die "traditionellen Ligaturen", also Familie, Verwandtschaft oder Nachbarschaft. Sie verlieren in dem tiefgreifenden Prozeß an gesellschaftlicher Individualisierung an Gewicht. Bedeutsamer werden dagegen die "posttraditionale Ligaturen" oder "Gemeinschaften". Darunter sind Selbsthilfegruppen, selbstorganisierte Initiativen, Freiwilligenagenturen etc.. Sie stellen auch die "vermittelnden Strukturen" zwischen Alltag oder Lebenswelt und professionell-institutionellen Strukturen staatlicher Sozialpolitik dar.

VISIONEN EINER ZUKUNFTSFÄHIGEN ZIVILGESELLSCHAFT

Uns seien die "utopischen Energien" ausgegangen, hat Jürgen Habermas in den 80er Jahren diagnostiziert und ja sicher damit recht in bezug auf die großen gesellschaftlichen Visionen von einer besseren Welt. Vielleicht ist ja auch ganz gut, daß die Konjunkturen der umfassenden Gesamtwürfe vorbei ist, denn sie haben zwar immer Glücksverheißungen für die Menschen offeriert, ihnen selbst aber selten die Chance eingeräumt, über Weg und Ziel mitzubestimmen.

Vielleicht ist das auch der zentrale Prüfstein für alle realen Utopien, die mit unseren Erfahrungen entwickelt werden können: Ohne die Anerkennung der aktiven Subjekte, ohne ihre unhintergehbaren Ansprüche auf Selbstbestimmung und Partizipation kann es keine zukunftsfähige Gesell-

schaft geben. Aber genau diese Ansprüche und Rechte ins Zentrum gesellschaftlicher Umgestaltung zu rücken, ist sehr viel mehr als Realitätsprinzip. Wir sind noch sehr weit davon entfernt. Hier zeichnet sich die Vision einer zukunftsfähigen Zivilgesellschaft ab, in deren Zentrum bürgerschaftliches Engagement steht und die durch bürgerschaftliches Engagement entsteht. Fünf Anregungen für diese reale Utopie möchte ich nennen, die zugleich deutlich machen, daß Gesundheitsförderung, eine ernsthafte Initiative zu einer nachhaltigen ökologischen Umgestaltung unserer Lebensweise und ein neues Verständnis von Sozialpolitik ohne eine solche Perspektive bürgerschaftlichen Engagements nicht gelingen kann:

(1) Public Health und ihre zentralen Ideen von Salutogenese und Gesundheitsförderung stellen einen wichtigen Pool für innovative Ideen und Forschungsbefunde dar. Der Gesundheits-Krankheitsbereich zeigt in besonderer Weise die Probleme einer sozialstaatlichen Tradition, die die Problemlösungen vollständig in die Zuständigkeit spezifischer Expertenkulturen überträgt und deren Leistungserbringung finanziert. Dadurch kommt es zu einer fragwürdigen Trias von "Enteignung" alltäglicher Lösungskompetenzen, Defizit-Perspektive auf Lebenslagen und eine Expertenzentriertheit. Die Public Health-Forschung hat in der Orientierung an einer salutogenetischen Perspektive den Blick auf Bewältigungs- und Widerstandsressourcen gerichtet und dabei insbesondere die Relevanz netzwerkbezogener Ressourcen herausgearbeitet. Soziale Unterstützung im eigenen sozialen Beziehungsgefüge ist von großer Bedeutung bei der Bewältigung von Krisen, Krankheiten und Behinderungen sowie bei der Formulierung und Realisierung selbstbestimmter Lebensentwürfe. Gerade die Kräfte, die durch die Vernetzung von gleich Betroffenen entstehen können, sind von besonderer Qualität. Weil das so ist, wird die Stiftung und Unterstützung selbstorganisierter Betroffenenengruppen zunehmend zu einem zentralen Aufgabenfeld professioneller Praxis. Die *Ottawa-Charta* der Weltgesundheitsorganisation (1992) zur Gesundheitsförderung aus dem Jahre 1986 und die darauf aufbauende Initiative "Gesunde Städte" formuliert eine Perspektive bürgerschaftlichen Engagements als Basis für Gesundheitsförderung. In der *Ottawa-Charta* heißt es: Gesundheitsförderung "zielt auf einen Prozeß, allen Menschen ein höheres Maß an Selbstbestimmung über ihre Lebensumstände und Umwelt zu ermöglichen und sie damit zur Stärkung ihrer Gesundheit zu befähigen". Und etwas später: "Gesundheit wird von Menschen in ihrer alltäglichen Umwelt geschaffen

und gelebt: dort, wo sie spielen, lernen, arbeiten und lieben. Gesundheit entsteht dadurch, daß man sich um sich selbst und für andere sorgt, daß man in die Lage versetzt ist, selber Entscheidungen zu fällen und eine Kontrolle über die eigenen Lebensumstände auszuüben sowie dadurch, daß die Gesellschaft, in der man lebt, Bedingungen herstellt, die allen ihren Bürgern Gesundheit ermöglichen". Die Arbeitsdefinition für eine "Gesunde Stadt" sieht bei der WHO so aus: Sie "verbessert kontinuierlich die physischen und sozialen Lebensbedingungen und fördert die Entfaltung gemeinschaftlicher Aktions- und Unterstützungsformen, beides mit dem Ziel, die Menschen zur wechselseitigen Unterstützung in allen Lebenslage zu befähigen und ihnen damit die maximale Entfaltung ihrer Anlagen zu ermöglichen" (zit. nach Trojan & Stumm 1992). Gesundheit ist also in diesem Sinne nicht ein Produkt der Gesundheitsfachleute und des medizinisch-industriellen Komplexes, sondern ist in unserem gemeinschaftlich hergestellten Alltagsleben begründet.

(2) Der UNO-Umweltgipfel von Rio de Janeiro im Jahre 1992 wurde das Aktionsprogramm "Agenda 21" veranschiedet, das Maßnahmen fordert, die ergriffen werden müssen, um dem Ziel einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung näher zu kommen. Dieser Faden ist aufgenommen worden und weltweit werden Agenda 21-Projekte durchgeführt. Als zentraler ideeller Rahmen für diese Projekte gilt in der Bundesrepublik die Studie "*Zukunftsfähiges Deutschland*" (herausgegeben vom BUND und von Misereor). In ihr sind nicht nur eine Fülle ökologischer Einsichten und Vorschläge zusammengefaßt, sondern auch eine Gesellschaftsidee entwickelt, in der soziale Fairneß und Gemeinsinn einen zentralen Stellenwert erhalten: "Eine ökologisch zukunftsfähige Gesellschaft" wird beschrieben als "eine pluralistische Gesellschaft. Sie weist einen Reichtum menschlicher Möglichkeiten aus, räumt unterschiedlichen Menschen die Freiheit ein, die ihnen zusagende Möglichkeit zu leben, und verbindet diese Freiheit, indem sie sie allen gewährt, mit sozialer Fairneß und Gemeinsinn" (1996, S. 351). Ausgehend von einer solchen Perspektive wird ein zivilgesellschaftliches Umdenken für das Verhältnis von Staat und Gesellschaft erforderlich: "Die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft müssen sich ändern. Es sind nicht mehr länger die Gesellschaft und ihre Bürgerinnen und Bürger, die sich wie Planeten um das Zentrum Staat drehen, sondern umgekehrt: Bürger und Gesellschaft rücken ins Zentrum, und dem Staat obliegt die wichtige Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Finanz-

mittel so eingesetzt werden, daß sich das soziale Kapital vermehrt" (S. 358). Bürgerschaftliches Engagement ist als ein Handlungsfeld anzusehen, in dem soziales Kapital gestiftet wird. Kommunen haben dafür förderliche Bedingungen zu schaffen. Das wird nicht mit moralischen Appellen gelingen und auch nicht mit Sonntagsreden und Zertifikaten zum Ehrenamt. Wir brauchen den politischen Willen zu einer echten BürgerInnendemokratie und zur aktiven Förderung einer kommunalen Infrastruktur, in der diese entstehen kann: "Es gilt wieder eine dichtere zivile Gesellschaft mit Austausch- und Solidaritätsbereichen zu schaffen, die in ihr selbst verankert sind und nicht obrigkeitstaatlich verordnet werden" (S. 359).

(3) Auch für den Bereich der Sozialpolitik wird immer häufiger die Perspektive einer aktiven Bürgergesellschaft gefordert. Warnfried Dettling (1995, S. 21f.) etwa entwirft das Leitbild einer "*demokratischen Wohlfahrtsgesellschaft*", die geprägt ist von der "Rekonstruktion des Sozialen durch eine aktive und kompetente Gesellschaft". Dazu bedarf es neuer Prioritätensetzungen:

Zum einen: "Der Staat sieht seine Aufgaben in Bund, Ländern und Gemeinden nicht mehr primär darin, soziale Dienste und Leistungen zur Verfügung zu stellen, sondern die gesellschaftlichen Kräfte und Ressourcen zu mobilisieren. *Aufgabe der Politik ist es nicht, die Gesellschaft zu bedienen, sondern sie zu aktivieren*".

Und zum anderen: "Dazu bedarf es eines neuen Ansatzes in der (kommunalen) Sozialpolitik, der sich an den *Ressourcen* (der Menschen, der Gesellschaft) orientiert und *nicht an ihren Defiziten*. Menschen, auch die in Randgruppen, haben nicht nur Mängel und Probleme, sondern immer auch Fähigkeiten. Ob diese brachliegen oder ob sie zu ihrem eigenen und zum sozialen Wohl mobilisiert werden, hängt immer auch von den Rahmenbedingungen ab, die politisch verändert werden können. *Nur wer Menschen etwas zutraut, kann ihnen helfen, kann soziale Probleme lösen und die soziale Qualität des Gemeinwesens verbessern*".

(4) Am konsequentesten sind die bereits genannten Anregungen im *Kommunitarismus* programmatisch verdichtet worden. Er streitet für den "spirit of community" (Etzioni 1993), für Gemeinschaftsinitiativen in einer in-

dividualisierten Gesellschaft. Manche Kommunitarier mögen dabei gefährdet sein, sich eine rückwärtsgewandte Gemeinschaftsidylle vorzustellen. Die Mehrheit der Kommunitarier sucht nach einer neuen Balance von individueller Autonomie und Selbstgestaltung und gemeinschaftlichen Werten und Projekten. Amitai Etzioni, der unermüdliche Trommler für ein "kommunitaristisches Programm" betont, daß der "Ruf nach mehr sozialer Verantwortung ... nicht auf die Einschränkung individueller Rechte zielt, daß vielmehr starke Rechte und ein hohes Maß an Verantwortung zusammengehören"; und er betont weiterhin, "daß individuelles Erfolgstreben mit Gemein Sinn vereinbar ist und keiner von uns in Askese, Altruismus oder Selbstaufopferung leben muß" (1995, S. 1).

Für die Kommunitarier kann es nicht um die Regeneration regressiver Gemeinschaftsideologien gehen. Für sie geht es um die Bestimmung des "ethischen Minimums" für eine humane Gesellschaft (so Walzer) und um Grundprinzipien demokratischer Gesellschaften, zu denen Taylor die drei folgenden rechnet:

(1) Solidarität ist unteilbar und insofern ein einheitsstiftender Wert. Die Gesellschaftsmitglieder definieren sich als "Beteiligte am gemeinsamen Unternehmen der Wahrung ihrer Bürgerrechte". Der Antrieb dafür "kann nur aus einem Gefühl von Solidarität kommen, das die allgemeine Verpflichtung zur Demokratie übersteigt und mich mit jenen anderen, meinen Mitbürgern, verbindet" (Taylor 1993, S. 14).

(2) Partizipation ist die zweite Grundbedingung für Demokratie. Wichtig sind hier soziale "Bewegungen, in den sich Bürger selbst organisieren, um auf den politischen Prozeß einzuwirken. (...) Diese Bewegungen erzeugen einen Sinn für zivile Macht, ein Gemeinschaftsgefühl bei der Verfolgung von Zielen" (a.a.O., S. 16). Taylor plädiert für eine "weitgespannte Vielfalt von Formen direkter Partizipation" und für die Schaffung dezentraler politischer Einheiten, die "eine Beziehung zu lebendigen Identifikationsgemeinschaften haben (müssen)" (a.a.O., S. 17).

(3) Sinn für gegenseitigen Respekt ist die dritte zentrale Bedingung. "Ohne diesen Respekt bliebe es unverständlich, warum das Gemeinwesen die Bürgerrechte gemeinschaftlich verteidigt. Wenn auch nur eine regional, ethnisch, sprachlich oder wie immer bestimmte Gruppe von Bürgern An-

laß zu der Annahme hat, daß ihre Interessen übergangen werden oder daß sie diskriminiert wird, ist die Demokratie in Frage gestellt." Besonders die Erfahrungen sozialer Ungleichheit bedrohen die demokratischen Grundwerte und deshalb kommt den "Einrichtungen des Wohlfahrtsstaates" eine so zentrale Bedeutung zu: "Er hat entscheidend dazu beigetragen, daß die Bürger sich gegenseitig eine gewisse Achtung bezeugen" (S. 18).

(5) In seinem neuesten Buch "Jenseits von Links und Rechts" betont der englische Soziologe Anthony Giddens die zentrale Bedeutung des "*aktiven Vertrauens*" in einer individualisierten Gesellschaft und mit dieser Kategorie liefert er einen zentrale Grundidee für das, was bürgerschaftliches Engagement so wichtig macht. Er sagt: "Verstärkte Solidarität beruht in einer der Enttraditionalisierung ausgesetzten Gesellschaft auf dem sogenannten *aktiven Vertrauen* in Verbindung mit einer Erneuerung der persönlichen und sozialen Verantwortung für andere. Das aktive Vertrauen schreibt sich nicht von vorgegebenen sozialen Positionen her, sondern es muß errungen werden. Das aktive Vertrauen steht nicht im Gegensatz zu Autonomie voraus und ist eine reichhaltige Quelle sozialer Solidaritätsbeziehungen, denn Zustimmung wird hier nicht durch traditionsbestimmte Regelungen erzwungen, sondern freiwillig gewährt" (1997, S. 35).

Aus diesen fünffach inspirierten und durchaus konvergierenden Anregungen für eine realen Utopie von einer kommunalen Lebensform, die vom bürgerschaftlichen Engagement geprägt und gestaltet ist, sollten Konzepte für eine zukunftsfähige Sozialpolitik entwickelt werden.

SOZIALPOLITIK AUS EINER EMPOWERMENT-PERSPEKTIVE

Sozialpolitik muß ihr programmatisches Zentrum von der Kompensation "beschädigten Lebens" zu einer Empowermentperspektive verändern. Empowermentprozesse sind in einzelnen sozialpolitischen Handlungsfeldern bereits intensiv erprobt worden (vor allem im Selbsthilfebereich), aber sie sollten zum grundlegenden Gestaltungsprinzip von Sozialpolitik werden. Diese Forderung finden wir beispielsweise bei dem Frankfurter Staatsrechter Günter Frankenberg (1994; 1997). Eine demokratische Wohlfahrtsgesellschaft muß seiner Auffassung nach "der Handlungsautonomie der Betroffenen und handlungsermächtigenden Strukturen (*empowerment*) stets Priorität einräumen, die auf die Selbstorganisation so-

zialer Dienste und Leistungen angelegt sind" (Frankenberg 1994, S. 221). Sozialpolitische Leistungen (seien es Transferzahlungen, Sachleistungen oder personale Dienstleistungen) sollten von der Prämisse angeleitet sein, daß sie "Eigen-tätigkeit" und "Lebenssouveränität" voraussetzen und fördern. "Für den Fall, daß die Handlungskompetenz der Betroffenen infolge ihrer spezifischen Lebenslage eingeschränkt ist, konkretisiert sich die Pflicht zu ziviler Solidarität in unterstützenden Strukturen oder advokatorischen Formen der Sozialpolitik, die sich daran orientieren, die Betroffenen soweit wie möglich wieder zur Selbsthilfe zu befähigen" (ebd.). "Sozialpolitik als *empowerment* reaktiviert verschüttete, verkümmerte und überlastete soziale Bindungen ebenso wie sie neue ermutigt und fördert. Sie knüpft damit ein - zugegeben dünnes - soziales Band, das den Adressaten vermittelt, welcher Gemeinschaft sie angehören: Einer Zivilgesellschaft, die ihren Mitgliedern die selbstorganisierte Bewältigung ihrer Probleme zumutet und ermöglicht, darin aber zugleich eine Gemeinschaftsaufgabe sieht" (ebd., S. 222).

Belastungs-Bewältigungs-Modelle im Sinne der Salutogenese, die die Aufmerksamkeit auf das aktiv-handelnde Individuum in seiner gesellschaftlichen Alltagswelt richten, eröffnen für eine Praxis und Politik der Gesundheitsförderung andere Perspektiven, als wenn Krankheit und Gesundheit als mechanisch ablaufende Prozesse wären, denen der einzelne ausgeliefert ist und die letztlich nur durch den kundigen Experten von außen beeinflusst werden können. Hier setzt das "Empowerment"-Konzept an.

Der Begriff "Empowerment" wird von einem gewissen Etwas, einem Flair umgeben. Das vermittelt vor allem die "Power"-Komponente im Begriff. Wir kennen sie in Verbindung mit "black power" oder "wo-men power" oder neuerdings "power book". Diese emanzipative Bedeutung steckt natürlich in diesem Begriff. Aber auf ihre Reißerqualitäten will ich zunächst einmal überhaupt nicht setzen. Zumal der Begriff ja nicht nur von der "Power"-Komponente lebt, sondern auch von der Vorsilbe "Em-", die den Sinn von Geben, Abgeben, Weggeben transportiert. Und das ist gerade der zentrale neue Aspekt: Nicht für sich Macht fordern oder erobern, sondern sie weitergeben, sie bei anderen wecken, ihnen dabei helfen, sie zu entdecken. Also "Empowerment" meint nicht einfach Veränderung der Machtverhältnisse, obwohl es auch darum geht, sondern um die Gewin-

nung oder Wiedergewinnung von Kontrolle über die eigenen Lebensbedingungen.

**EMPOWERMENT:
STÄRKUNG DER SALUTOGENER RESSOURCEN**

In Empowermentprozessen sollen Stärken von Menschen entdeckt und entwickelt werden; Es sollen Möglichkeiten gefördert werden, Kontrolle über das eigene Leben zu gewinnen.

Grundlagen von Empowerment:

- ° Von einer Defizit- oder Krankheits- zu einer Ressourcen- und Kompetenzperspektive
- ° Statt ExpertInnen-Lösungen geht es um Selbstorganisation
- ° Überwindung von "Demoralisierung" und Ermöglichung von Selbstwirksamkeit
- ° Ressourcenvermehrung durch gemeinschaftliches Handeln (Netzwerkförderung)

Empowerment kann auf der
- *Individuellen Ebene* (Überwindung von Resignation, Demoralisierung und Machtlosigkeit)
- *Gruppenebene* (z.B. Selbsthilfeinitiativen)
- *Strukturellen Ebene* (politische Veränderungen) wirken.

Die Empowerment-Perspektive bündelt wichtige Lernprozesse des letzten Jahrzehnts. Sie knüpft ein Netz von Ideen zu einer neuen Orientierung psychosozialen Handelns. Es sind vor allem die folgenden Lernprozesse:

(1) Von der Defizit- oder Krankheitsperspektive zur Ressourcen- oder Kompetenzperspektive. Das Wissen um die Stärken der Menschen und der Glaube an ihre Fähigkeiten, in eigener Regie eine lebenswerte Lebenswelt und einen gelingenden Alltag herzustellen, führt mit Notwendigkeit zu einer anderen beruflichen Perspektive als im Falle eines professionellen Szenarios der Hilfebedürftigkeit.

(2) Nur jene Art von professionellem Angebot kann letztlich wirksam werden, das in das System des Selbst- und Weltverständnisses der KlientInnen integrierbar ist und das persönlich glaubwürdig und überzeugend vermittelt wird. Solche Einsichten führen mit Notwendigkeit zur Überwindung einer einseitigen Betonung professioneller Lösungskompetenzen und von der Orientierung an der Allmacht der Experten zu einer partner-

schaftlichen Kooperation von Betroffenen und Fachleuten. Von Dauer können nur Veränderungen sein, die den Grundsatz "Hilfe zur Selbsthilfe" realisieren.

(3) Jede professionelle Aktivität, der es nicht gelingt, zur Überwindung des Erfahrungskomplexes der "gelernten Hilflosigkeit" oder "Demoralisierung" beizutragen, wird wirkungslos bleiben. Die Wirksamkeit professioneller Hilfe wird davon abhängen, ob das Gefühl gefördert werden kann, mehr Kontrolle über die eigenen Lebensbedingungen zu erlangen.

(4) Soziale Unterstützung im eigenen sozialen Beziehungsgefüge ist von großer Bedeutung bei der Bewältigung von Krisen, Krankheiten und Behinderungen sowie bei der Formulierung und Realisierung selbstbestimmter Lebensentwürfe. Gerade die Kräfte, die durch die Vernetzung von gleich Betroffenen entstehen können, sind von besonderer Qualität.

(5) Psychosoziale Praxis läßt sich nicht in Kategorien von Widerspruchsfreiheit oder im Funktionskreis instrumentellen Denkens adäquat erfassen. Anstelle eines Diskurses, der von der Unterstellung eines hehren Allgemeinwohl ausgeht, ist es notwendig, Widersprüche, Interessenunterschiede und unterschiedliche Bedürfnisse zum Thema zu machen. Hierzu gehören auch Themen wie die Janusköpfigkeit von Hilfe und Kontrolle in allen Formen psychosozialen Handelns; die Analyse unerwünschter Nebenfolgen "fürsorglicher Belagerung" und ihrer institutionellen Eigenlogiken und schließlich auch die Anerkennung unterschiedlicher und teilweise widersprüchlicher Interessen von KlientInnen und Professionellen.

(6) Die wichtigste Erkenntnis, die auf solchen Pfaden divergenten Denkens zu gewinnen ist, ist die Einsicht in die Dialektik von Rechten und Bedürftigkeiten. Die klassische wohlfahrtstaatliche Philosophie war ausschließlich von einer Definition von Bedürftigkeiten und auf sie bezogener sozialstaatlicher Hilfe- oder Präventionsprogramme bestimmt. Die meisten Therapie- und Präventionsprogramme gehen - in aller Regel mit guten und nachvollziehbaren Gründen - von einer Annahme spezifischer Defizite und Bedürftigkeiten aus, die im wohlverstandenen Interesse der Betroffenen verhindert, kompensiert oder verändert werden sollen. Erst in den 70er Jahren wurde - nicht zuletzt in Folge heftiger Konflikte zwischen wohlwollenden HelferInnen und zunehmend eigene Ansprüche formulie-

render KlientInnen - die Ebene der Rechte als unabhängiger Begründungsinstanz für Handeln oder dessen Unterlassung "entdeckt". Es war sicher kein Zufall, daß diese Entdeckung in die Zeit der sich abzeichnenden Krise des Wohlfahrtsstaates fiel. In Zeiten wachsender Sozialbudgets ist eher die Vorstellung gewachsen, daß bei uns Professionellen die An gelegenheiten der Betroffenen in guten Händen seien. Die Segnungen immer neuer Spezialprogramme und -einrichtungen ließen sich beweiskräftig so verstehen. Die von uns so bereitgestellte "fürsorgliche Belagerung" hatte eine Qualität der tendenziellen Rund-um-Versorgung, bei der der Gedanke der Einschränkung von KlientInnen-Rechten und der Kontrolle von Lebenssouveränität weniger Nahrung erhielt. Die Krise des Sozialstaats hat auch für viele Betroffene sichtbar gemacht, daß ihre Rechte keineswegs in Wohlfahrtsleistungen gesichert sind und mit deren Abbau auch gefährdet sind und eigenständig vertreten und abgesichert werden müssen. Rappaport bringt die beiden Sichtweisen auf die Formel von "Kinder in Not" oder "Bürger mit Rechten". Es handelt sich nicht um Entweder-oder-Perspektiven, sie müssen in dem Spannungsverhältnis, in dem sie zueinanderstehen, erhalten bleiben. Gerade an der Reagan'schen Kahlschlagpolitik im Sozialbereich kann das aufgezeigt werden. Sie hat sich gerne mit Schlagworten wie Bürgerrechte oder "Freiheit" vom Staat drapiert und gleichzeitig wohlfahrtsstaatliche Leistungen abgebaut. Dazu bemerkt Rappaport treffend: "Rechte ohne Ressourcen zu besitzen, ist ein grausamer Scherz" (S. 268).

Eine der zentralen Ressourcen, die neben der materiellen Basisausstattung für die Bewältigung von Krisen und Krankheiten bedeutsam sind, sind die sozialen Netzwerkressourcen. Sind sie in Zeiten gesellschaftlicher Individualisierung nicht besonders gefährdet? Kann man auf sie im Hinblick auf alltägliche Unterstützungsleistungen überhaupt noch setzen? Besteht überhaupt eine Veranlassung auf Potentiale bürgerschaftlichen Engagements zu setzen? Zunächst deshalb ein Überblick über die Netzwerkforschung und daran anschließend einige Daten über den Umfang bürgerschaftlichen Engagement in einer individualisierten Gesellschaft.

POSTTRADITIONALE LIGATUREN: SELBSTSORGE ALS POTENTIAL FÜR ALLTAGSSOLIDARITÄT

Die empirische Netzwerkforschung läßt ein völlig anderes Bild entstehen und wir erkennen durchaus ein erhebliches Potential von Alltagssolidari-

tät. Die Ergebnisse der Netzwerkforschung ermöglichen uns einen nüchternen Blick auf zentrale Veränderungsprozesse alltäglicher sozialer Beziehungen. Eindeutig ist der Erosionsprozeß jener traditionellen Beziehungsmuster, die ein Individuum wie ein gutgeschnürtes Paket mit dem Hineingeborenwerden in spezifische familiäre, verwandtschaftliche und nachbarschaftliche Konstellationen mit auf seinen Lebensweg genommen hat. Das heißt nun aber keineswegs, daß das moderne Individuum zum Einsiedlerkrebs wurde. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein. Die zeitgenössischen Großstadtbewohner haben im Durchschnitt vielfältigere Kontakte zu Freunden, Arbeitskollegen oder anderen Angehörigen spezifischer Vereine und Subkulturen als ihre Vorläufer-Generationen. Das ist ja auch kein Widerspruch zur Single-Lebensform. Die entscheidenden Merkmale dieser neuen Beziehungsmuster sind ihre "strukturelle Offenheit", die lockere Verknüpfung und die "Wahlfreiheit" (in der sozialpsychologischen Stadtforschung taucht in diesem Zusammenhang das Konzept von der "befreiten Gemeinschaft" auf). Gegenüber traditionellen Gesellschaften hat sich die Entscheidungsfreiheit in bezug auf die gewählten Beziehungen, aber auch die Entscheidungsnotwendigkeit in der Moderne qualitativ verändert. Das ist eine durchaus ambivalente Situation. Sie eröffnet einerseits die Chance, den eigenen sozialen Lebenszusammenhang wesentlich mitzugestalten (entsprechend sind zeitgenössische Netzwerke auch weniger vom Statusmerkmalen, als vielmehr von gemeinsamen Interessen bestimmt). Sie enthält aber auch die Notwendigkeit, Initiator und Manager des eigenen Beziehungsnetzes zu sein. Diese strukturelle Notwendigkeit erfordert bei den Subjekten entsprechende Ressourcen an Beziehungsfähigkeit und wohl auch materiellen Ressourcen. Ein immer wieder nachgewiesener Befund zeigt, daß sozioökonomisch unterprivilegierte und gesellschaftlich marginalisierte Gruppen offensichtlich besondere Defizite aufweisen bei dieser gesellschaftlich zunehmend geforderten eigeninitiativen Beziehungsarbeit. Die sozialen Netzwerke von Arbeitern z.B. sind in den Nachkriegsjahrzenten immer kleiner geworden. Von den engmaschigen und solidarischen Netzwerken der Arbeiterfamilien, wie sie noch in den 50er Jahren in einer Reihe klassischer Studien aufgezeigt wurden und in der Studentenbewegung teilweise romantisch überhöht wurden, ist nicht mehr viel übrig geblieben. Das "Eremitenklima" ist am ehesten hier zur Realität geworden. Die empirische Netzwerkforschung bestätigt den berühmten "Matthäus-Effekt", benannt nach dem Jesuszitat im Matthäus-Evangelium: "Denn wer da hat, dem wird gegeben

werden, daß er die Fülle habe; wer aber nicht hat, von dem wird auch genommen, was er hat" (Matthäus 13, 12). Wer also "einer höheren Schicht angehört, d.h. über mehr Einkommen und Bildung verfügt, hat sowohl mehr Helfer als auch mehr Kontaktpartner. Wer also mehr materielle Mittel und Wissen hat - und daher für die 'Pflege' seiner Beziehungen mehr einsetzen kann -, hat auch mehr Helfer in der Not und Kontakte im Alltag" (Marbach und Mayr-Kleffel, 1988, S. 286). Die gelegentlich immer noch zu hörende Auffassung, "materielle Armut werde vielfach durch Reichtum an zwischenmenschlichen Beziehungen aufgewogen, hat mit der Realität nichts gemein" (ebd.). Unser "soziales Kapital", die sozialen Ressourcen, sind ganz offensichtlich wesentlich mitbestimmt von unserem Zugang zu "ökonomischem Kapital".

POTENTIALE BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS

"Soziales Kapital" wird in der Bundesrepublik oft sehr verkürzt als "ehrenamtliche Tätigkeit" definiert. Das Bild wird auch dadurch noch weiter verzerrt, daß gegenwärtig gerne zwischen "altem" und "neuem Ehrenamt" polarisiert wird. Ich halte den Begriff des "bürgerschaftlichen Engagements" für angemessener. Damit soll der Tatsache Rechnung getragen werden, daß sich in den aktuellen Umbruch- und Umbauprozessen auch die Motive und Handlungsformen freiwilligen sozialen Engagements ändern. Diese Annahme wird durch die empirischen Befunde zu diesem Tätigkeitsfeld nachhaltig unterstützt. Wie bereits angesprochen hat Helmut Klages ein "frei flottierendes Potential an Gemeinsinn" in unserer Gesellschaft diagnostiziert. Es ist empirisch durchaus faßbar und frei ist es wohl nur in bezug auf seine zunehmende Entkoppelung von seinen traditionellen Verdichtungs- und Einbindungsformen wie Kirchen, Verbänden, Parteien, Gewerkschaften. Wir haben mit auf den ersten Blick paradoxen Phänomenen zu tun, daß von den Stammorganisationen der freien Wohlfahrtspflege, aber auch von Vereinen und den Kirchen ein Rückgang ihres Ehrenamtlichenbereichs beklagt wird, daß aber andererseits eine Zunahme freiwilligen sozialen Engagements behauptet wird. Diesem Paradox werden wir noch Aufmerksamkeit zu schenken haben.

Zunächst aber einige Übersichtsdaten:

Das *Statistische Bundesamt* hat Anfang der 90er Jahre folgende Schätzung des ehrenamtlichen Bereichs vorgenommen. "Nach dieser Erhebung waren 1992 umgerechnet insgesamt gut 17 Prozent der Deutschen (ab dem 12. Lebensjahr) in Organisationen (zum Beispiel Vereinen) oder in öffentlichen Ämtern ehrenamtlich tätig (Männer: 20 Prozent; Frauen: knapp 15 Prozent^{*)}). Ehrenamtlich am aktivsten war mit 22 Prozent die Altersgruppe der 40- bis 60jährigen; bei den über 70jährigen betätigten sich noch gut 16 Prozent ehrenamtlich. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hatten in der alten Bundesrepublik Ehrenämter und soziale Hilfeleistungen 1992 einen volkswirtschaftlichen Produktionswert von 48 Milliarden DM. Dieser Posten entspricht in etwa 1,3 Prozent der Bruttowertschöpfung Westdeutschlands von 1992" (Meier 1996, S. 34). Die *Deutsche Gesellschaft für Freizeit* hat 1995 zu einigen Punkten einer Großen Anfrage im Deutschen Bundestag Stellung genommen: "Es wird geschätzt, daß seit Anfang der sechziger Jahre die Zahl der ehrenamtlich Tätigen in Westdeutschland von 2,5 auf 9,67 Millionen gestiegen sei. Die Deutsche Gesellschaft für Freizeit (DGF) geht ferner von schätzungsweise 50 000 Selbsthilfegruppen mit insgesamt zwei Millionen Mitgliedern aus; in den Umweltverbänden seien mindestens 500 000 Menschen ehrenamtlich tätig. Solche Gruppen sind Teile neuer Formen von Solidarität in einer Gesellschaft, die nicht selten als 'Ellenbogen-gesellschaft' charakterisiert wird. Gerade jüngere Menschen, so die DGF, bevorzugten weniger stark institutionalisierte Formen der Solidarität nach dem Leitbild von Freundeskreisen und Netzwerken, die Vertrauen vermittelten, aber auch soziale Nützlichkeit und Mitsprache- wie Mitwirkungsmöglichkeiten böten" (Meier 1996, S. 38f.).

Noch etwas näher an die Auflösung unseres Paradoxons führt die repräsentativ angelegte Geislingen-Studie heran. Sie ermittelte (ähnlich auch Prokop et al. 1996), daß 38% aller Befragten "grundsätzlich Engagementbereitschaft für gemeinwesenorientierte Projekte (zeigten), so z.B. für das Bürgerbüro 'Bürger im Kontakt', wo freiwillige Dienstleistungen von Bürgern für Bürger vermittelt werden, z.B. Besuchsdienste, kleine Reparaturen, Hausaufgabenhilfe usw" (Ueltzhöffer 1996, S. 121). Diese Bereitschaft

^{*)} Diesen Zahlen zur geschlechtsspezifischen Verteilung ehrenamtlicher Tätigkeit sind sicherlich problematisch und zumindest einer Kommentierung wert: Die meisten Studien zeigen vor allem bei ehrenamtlich geleisteter sozialer Hilfe einen deutlich höheren Frauen- als Männeranteil. Männer finden wir deutlich überrepräsentiert, wenn es um Funktionen und Ämter in Vereinen und Verbänden geht.

gilt für alle Altersgruppen, also auch für Jugendliche und junge Erwachsene, an denen der Egoismus-Trend gerne prototypisch festgemacht wird. Das zeigen auch Ergebnisse der Netzwerkforschung: Heranwachsende leisten in hohem Maße alltägliche Hilfe, wenn in ihren Familien oder Freundeskreisen Hilfe benötigt wird. Die Geislingenstudie bestätigt auch die Beobachtung, daß gemeinsinnorientierte Aktivitäten und Engagements zunehmend weniger von den Motivationen des klassischen Ehrenamtes: (Bürger-)Pflicht und religiös unterlegter Altruismus leben. In den Motivationen verknüpfen sich vielmehr Stränge, die oft als unvereinbar hingestellt werden: Etwas für andere und zugleich etwas für sich zu tun, aber von großer Bedeutung ist auch der Gestaltungswille: Einfluß zu nehmen auf das Geschehen in seiner Gemeinde. Wichtig ist den Befragten, daß sie ihr zeitliches Engagement selbst steuern können und von keiner staatlichen oder kirchlichen Großorganisation vereinnahmt werden.

Hier stoßen wir auf die Motivstränge des bürgerschaftlichen Engagements. In einer Studie über Ehrenamtliche im Sanitätsdienst des Arbeiter-Samariter-Bundes und des Deutschen Roten Kreuzes (Roth & Simoneit 1993) wird in Interviewaussagen deutlich, was unter dem gewandelten Ehrenamt zu verstehen ist. Die langjährigen Aktivisten verstehen ihre Aufgabe aus einer Pflichtethik heraus. Sie sagen: "Die Dienstübernahme verpflichtet zum Einsatz wie am Arbeitsplatz". Die Jugendlichen im Sanitätsdienst kritisieren die "eher langweilige Routine" und die starre Organisationsform, in die sie sich einzupassen haben. In einer brandneuen nordrheinwestfälischen Studie zum freiwilligen Engagement (Heinze & Bucksteeg 1996) sagt eine Mitinitiatorin einer Freiwilligen-Agentur: "Man engagiert sich, weil man die Zukunft selbst gestalten und die politische Landschaft verändern will" (S. 87) und drückt damit eine zentrale Motivquelle für soziales Engagement heute aus. Und immer wieder wird formuliert, daß zu diesem Ziel nicht eine hierarchische Einsatzplanung paßt. "Starre Hierarchien und Vorgaben werden von den Engagierten nicht als Hilfestellung, sondern als Hemmnis bei der Verwirklichung ihrer Ideen wahrgenommen. Die neuen Motive können sich am besten in überschaubaren, autonomen lokalen Zusammenhängen und wenig formal organisiert entwickeln" (S. 94).

Unter prognostischen Gesichtspunkten ist von besonderer Bedeutung, was sich in der nachwachsenden Generation tut. Gerade an Heranwach-

senden wird ja bevorzugt die These von der Zunahme selbstbezogener Ichlingen festgemacht, aber nicht wirklich belegt. Die empirische Jugendforschung spricht eine völlig andere Sprache. Exemplarisch kann man das an der IBM-Jugendstudie aufzeigen. Ihr "ist zu entnehmen, daß gut 67 Prozent der jungen Menschen in Deutschland sich als gesellschaftlich engagiert bezeichnen. Als gesellschaftlich überhaupt nicht engagiert betrachtet sich nur ein knappes Drittel (31,7 Prozent). 70 Prozent hielten es denn auch für wichtig, sich als einzelner für die Gesellschaft zu engagieren. Danach gefragt, in welchen Bereichen die jungen Menschen gesellschaftliches Engagement grundsätzlich für wichtig halten, rangiert unter insgesamt 14 Positionen auf dem ersten Platz der Umweltschutz mit 83,8 Prozent aller Mehrfachnennungen in Gesamtdeutschland. An zweiter Stelle folgt in weitem Abstand der soziale Bereich mit 61,9 Prozent, auf dem dritten Platz stehen Initiativen gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit (55,8 Prozent), und auf dem vierten Platz folgt die Nennung des privaten Kreises (Familien, Nachbarn, Freunde und Bekannte) mit 50,2 Prozent. Weit unten rangieren Bereiche wie Bürgerinitiativen (18,9 Prozent), Parteien (14,2 Prozent), Gewerkschaften (13,4 Prozent), Frauenbewegung (12,2 Prozent) und schließlich die Kirchen mit nur 8,5 Prozent. Bei der Frage nach solchen Bereichen, in denen die jungen Menschen selbst tatsächlich aktiv sind, steht dagegen an erster Stelle der private Kreis mit 53 Prozent aller Nennungen. Mit weitem Abstand folgt der soziale Bereich mit 22,3 Prozent. Während der Umweltschutz beim tatsächlichen aktiven Einsatz erst an dritter Stelle mit 20,9 Prozent rangiert, wird er doch von den Jugendlichen als ein Bereich mit oberster Priorität gesehen. Dies zeigt, wie sehr in der Realität das private kleine Netzwerk beim sozialen Engagement Vorrang genießt. Hieraus könnte man auf dieser Ebene auf ein hohes Potential an Sozialkapital schließen" (Meier 1996, S. 19/20).

Aktuelle Daten aus dem "Sozio-oekonomischen Panel" (SOEP) aus dem Jahr 1994 mit Vergleichsdaten bis ins Jahr 1984 bestätigen diese Vermutung (vgl. Heinze/Keupp 1997). Entlang einiger zentraler Fragen läßt sich eine differenzierte Einschätzung des aktuellen Potentials für bürgerschaftliches Engagement vornehmen:

(1) *Wieviele Deutsche engagieren sich in freiwilliger Tätigkeit in Deutschland?*

Die Daten des SOEP von 1994 zeigen, daß das Potential freiwilliger sozialer Tätigkeiten in Deutschland als sehr viel höher einzuschätzen ist, als

die 17% aus der immer wieder zitierten Eurovol-Studie (Gaskin et al. 1996), die Deutschland in der europäischen Rangreihe freiwilligen sozialen Engagements auf den vorletzten Platz platzierte. Aus den SOEP-Daten läßt sich feststellen: Fast ein Drittel der westdeutschen Bevölkerung, also rund 16 Millionen Personen, hat sich 1994 in irgendeiner Form freiwilliger sozialer Tätigkeit engagiert. In Ostdeutschland ist der prozentuale Anteil geringer, aber er beläuft sich immerhin noch auf ein Fünftel der Bevölkerung (also knapp 2,5 Millionen Personen). Dieses Engagement wird vor allem in Vereinen, Verbänden und sozialen Diensten erbracht. Dieser Bereich ist dreifach so groß wie Aktivitäten bei Parteien, Bürgerinitiativen und in der Kommunalpolitik.

(2) Nimmt Freiwilligenarbeit in einer sich individualisierenden Gesellschaft zu oder ab?

Im Widerspruch zu öffentlich verhandelten "Diagnosen", die einen dramatischen Rückgang gemeinschaftsorientierter Engagements in einer individualisierten Gesellschaft unterstellen, bilden freiwillige soziale Tätigkeiten einen Wachstumsbereich. Den SOEP-Daten zufolge haben sie zwischen 1985 und 1994 um 5 Prozentpunkte zugenommen. Um fast 20 % zugenommen haben die unterschiedlichen Formen der Alltagssolidarität in familialen, nachbarschaftlichen und Freundschaftsnetzwerken.

(3) Wie viel Zeit wird in freiwilliges Engagement investiert und wie regelmäßig?

Für eine realistische Einschätzung des Tätigkeitspotentials außerhalb der Erwerbsarbeit ist bedeutsam, daß die regelmäßigen und zeitintensiven Formen des Engagements abgenommen haben und Muster des punktuellen und thematisch eingegrenzten Einsatzes häufiger werden.

(4) Unterscheidet sich das Engagement zwischen den Geschlechtern?

Im traditionellen Ehrenamt im Sozialbereich war der Frauenanteil überproportional hoch. Berücksichtigt man jedoch das Gesamtfeld freiwilligen Engagements zeigt sich, daß Männer einen höheren Anteil an diesem Bereich haben als Frauen. Bei Frauen überwiegt das unregelmäßige Engagement, während Männer bei den kontinuierlich geleisteten Tätigkeiten überrepräsentiert sind. Ursache dafür dürfte die höhere Repräsentanz der Männer bei Vorstandstätigkeiten in Vereinen und Verbänden und ihr geringeres Engagement im Sozialbereich sein. Hinzu kommt die gewachse-

ne Erwerbsneigung von Frauen, die ein regelmäßiges ehrenamtliches Engagement erschwert. Bei den Wachstumsraten freiwilligen Engagements liegen die Zuwächse bei den Frauen gleichwohl leicht über jenen der Männer und das gilt auch für die Bereiche Vereine und politisches Engagement.

(5) Engagieren sich Ältere mehr als Jüngere?

Die öffentlich immer wieder erhobene Behauptung, Jüngere würden sich weniger engagieren und sich mehr egozentriert verhalten, wird durch alle verfügbaren Daten, vor allem auch durch die neueste empirische Jugendforschung, eindeutig widerlegt. Außer bei Personen, die über 60 Jahre sind - bei ihnen sinkt das Engagement auf rund 20% - , liegen die Anteile bei allen übrigen Altersklasse bei ziemlich genau einem Drittel. Für alle Altersklassen, also auch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, ist eine Zunahme bürgerschaftlichen Engagements zu registrieren. Bemerkenswert ist allerdings ein Rückgang des allgemein- und parteipolitischen Engagements bei den Jüngeren. Dieser Effekt zeigt sich in abgeschwächter Form auch bei der Altersgruppe der 26 - 40jährigen. Bei den höheren Altersklasse hingegen zeigt sich eher ein gegenläufiger Trend: Ihr politisches Engagement steigt, am deutlichsten bei den über 60jährigen.

(6) Hängt das Engagement von der Bildung und dem ökonomischen Status ab?

Für das freiwillige Engagement sind offensichtlich das Bildungs- und das ökonomische Kapital entscheidende Voraussetzungen. Arbeiter sind von allen Berufsgruppen am wenigsten ehrenamtlich tätig. Sie verfügen offensichtlich zu wenig über die zentralen Ressourcen für Engagement: Bildung und Einkommen. Eine gehobene Beamtenausbildung, abgeschlossenes Hochschulstudium und ein gutes Einkommen sind wohl die beste Voraussetzung für bürgerschaftliches Engagement. Bemerkenswert ist allerdings der überdurchschnittliche Zuwachs von Engagement bei Personen ohne Schulabschluß. Sie zeigen auch ein verstärktes Engagement bei Parteien und Bürgerinitiativen. Der genau gegenläufige Trend zeigt sich bei Personen mit Hochschulreife. Sie sind zwar im Durchschnitt noch immer die aktivste Gruppe im politischen Bereich, aber in der Dekade von Mitte der 80er bis Mitte der 90er Jahre ist ihre Engagementbereitschaft um

fast ein Drittel gesunken. Es zeichnet sich also eine stärkere Annäherung zwischen Menschen mit hohen und niedrigeren Bildungsabschlüssen ab.

(7) Ist die Religion noch eine Motivationsbasis für Freiwilligentätigkeit?

Die vermutete Abnahme religiöser Motivations- und Sinnstiftungsbasis für ehrenamtliche Tätigkeiten läßt sich auf der Basis der vorhandenen Daten nicht belegen. Ein vollkommener Bedeutungsverlust ist jedenfalls nicht festzustellen. Im Gegenteil: Personen mit religiöser Bindung zeigen höhere Aktivitätsbereitschaft als konfessionslose Personen. Die höchsten Werte weisen in Westdeutschland Personen mit katholischer Religionszugehörigkeit auf. Gut ein Drittel von ihnen beteiligt sich an ehrenamtlichen Aktivitäten. Deutlich geringer ist das Aktivitätspotential bei evangelischen Kirchenmitgliedern.

(8) Ist der der Umfang bürgerschaftlichen Engagements ein Indikator für verfügbare Zeit?

Unter der Fragestellung, ob ehrenamtliches Engagement vor allem für Menschen mit einer geringen oder gar keiner Erwerbsarbeit ein sinnvoller Ersatz sein könnte, zeigt die Befundlage immer noch einen eher gegenteiligen Effekt. Aber es zeigen sich auch bemerkenswerte Trends, die von den üblichen Interpretationsmustern deutlich abweichen. Zunächst erweist sich, daß Vollzeiterwerbstätige den höchsten Aktivitätsgrad an Freiwilligentätigkeiten aufweisen, teilzeiterwerbstätige Personen folgen knapp dahinter und - wiederum nur durch wenige Prozentpunkte getrennt - dann kommen arbeitslos gemeldete Personen. Im Zeitvergleich weist aber die Gruppe der Arbeitslosen die höchste Zuwachsraten auf. Generell scheint sich ein deutliche Steigerung im freiwilligen Engagement bei Nichterwerbstätigen entwickelt zu haben. "Zeitwohlstand" ist wohl auch bei Familien mit mehreren Kindern kaum eine erklärungskräftige Variable dafür, daß Paare mit Kindern das stärkste Engagement aufweisen und zwar zunehmend mit der Zahl der Kinder. Die geringste Aktivitätsrate ist bei Einpersonenhaushalten zu verzeichnen und der Anteilswert ist weiter rückläufig. Nur geringfügig höher war Mitte der 80er Jahre der Anteil bei Paaren ohne Kinder. 10 Jahre später verzeichnet dieser Haushaltstypus die höchsten Zuwachsraten.

(9) Verbessert freiwilliges Engagement die Lebenszufriedenheit?

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die durchschnittliche Lebenszufriedenheit und der Zukunftsoptimismus in Deutschland in den letzten Jahren rückläufig ist, zeigt sich ein eindeutiger Trend, daß Personen, die sich bürgerschaftlich engagieren, eine höhere Lebenszufriedenheit und einen positiveren Zukunftsbezug entwickeln. Die Zufriedenheit steigt tendenziell mit der Häufigkeit des ehrenamtlichen Engagements. Die zeitlichen Kosten für dieses Engagement werden offensichtlich psychisch kompensiert.

(10) Welche Motive führen zu bürgerschaftlichem Engagement?

Das klassische Ehrenamt schöpfte sehr stark aus einer religiös motivierten altruistisch-karitativen Grundhaltung, die als selbstverständliche Pflichterfüllung innerhalb des religiös-institutionellen Feldes kodiert war. Aber auch hier gab es sicherlich schon eine motivationale "Überdetermination". Biographische Situationen mußten zu den ehrenamtlichen Aufgaben passen. Diese Passungsfrage wird für das bürgerschaftliche Engagement noch zentraler. Motiv, Anlaß und Gelegenheit zum Engagement müssen in einer bestimmten biographischen Phase zusammentreffen. In den Motivstrukturen finden sich kulturell tradierte Werte wie Menschlichkeit, Solidarität, Gemeinsinn und Hilfsbereitschaft genauso wie Wünsche nach mehr Authentizität und Selbstgestaltung, aber auch die Bewältigung eigener Lebenskrisen und schließlich auch der bewußte politische Gestaltungswille. Scheinbar unvereinbare Motivstränge können sich durchaus synergetisch verknüpfen: Etwas für andere und zugleich etwas für sich tun.

(11) Gewinnt das bürgerschaftliche Engagement gegenüber der Erwerbsarbeit an Identitätsrelevanz?

Die aktuelle Forschung zum subjektiven Stellenwert der Erwerbsarbeit zeigt, daß diese in ihrem Stellenwert für die subjektive alltägliche Identitätsarbeit eher an Bedeutung gewonnen hat. Das gilt gerade auch für Heranwachsende. Postmaterielle Werte werden nicht nur außerhalb der Arbeitssphäre zu realisieren versucht, sondern sie werden in hohem Maße auf die Arbeit selbst bezogen. Das bezieht sich sowohl auf arbeitsinhaltliche Ansprüche als auch auf kommunikativen Bedürfnisse, die im Arbeitsbereich befriedigt werden sollen. Für Tätigkeiten innerhalb des Handlungsfeldes der Erwerbsarbeit, aber auch für solche außerhalb, kann man eher ein gemeinsames Bündel miteinander verschränkter Er-

wartungen annehmen: Sie sollen die Person fordern, sie sollen Spaß machen, kommunikative Möglichkeiten eröffnen, der eigenen Tätigkeit zurechenbare Produkte erbringen und soziale Anerkennung vermitteln.

(12) Wo zeigen sich die Potentiale freiwilligen sozialen Engagements vor allem?

Der erste Blick zeigt eine "Entpolitisierung" des bürgerschaftlichen Engagements. Die im Rahmen von politischen Parteien, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen erbrachten Leistungen nehmen ab. Auch im kirchlichen und wohlfahrtsverbandlichen Bereich geht das ehrenamtliche Engagement zurück. Zuwächse verzeichnen Vereine, Selbsthilfeinitiativen und neue Formen des bürgerschaftlichen Engagements wie Freiwilligenagenturen, Tauschringe etc. Im Bereich der lebensweltlich erbrachten Alltags-solidarität scheinen sich die freiwilligen Aktivitäten immer stärker zu entfalten. Das könnte als stärkere "Privatisierung" von Engagement erscheinen. Zunächst drückt es wohl nur eine wachsende Disjunktion zwischen gemeinwohlorientierten Handlungsbereitschaften und einem öffentlichen Raum aus, in dem diese Potentiale keine geeigneten Kristallisationspunkte finden.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die These von Helmut Klages, daß ein "ein frei flottierendes Potential an Gemeinsinn in der Gesellschaft" existiere (in Körber-Stiftung 1993, S. 40), empirisch durchaus haltvoll ist. Es gibt deutliche Hinweise auf einen allmählichen Rückgang des traditionellen Ehrenamtes, der sich vor allem im Bereich der sozialen Dienste zeigt und der vor allem von den Repräsentanten traditioneller subsidiär erbrachter Wohlfahrtsleistungen registriert und beklagt wird. Es gibt aber insgesamt betrachtet eher eine Zunahme freiwilligem gesellschaftlichem Engagement. Allerdings - und das kommt in der Formulierung vom "frei flottierenden Potential an Gemeinsinn" gut zum Ausdruck - speist sich dieses Potential nicht mehr aus Motivlagen, die eine kontinuierliche oder gar lebenslange Anbindung an spezifische Institutionen erwarten läßt. Gerade die motivationalen Muster, die auf individuelle Authentizität oder auf konkrete Projekte der Veränderung in der eigenen überschaubaren Lebenswelt zielen, lassen eher punktuelle und projektbezogene Formen des Engagements erwarten.

Für einen wachsenden “bowling alone”-Effekt (vgl. Putnam 1995) gibt es in Deutschland keine beweiskräftigen Belege. Zwar gibt es einige spezifische Risikogruppen für Vereinsamung und mangelnde soziale Integration, aber für die durchschnittliche Bevölkerung zeigt sich ein hohes Maß sozialer Vernetzung und daraus entstehender Alltagssolidarität. Dieses “soziale Kapital” ist allerdings gesellschaftlich ungleich verteilt. Dies zeigt sich letztlich auch in dem Befund, daß ökonomisch und bildungsmäßig privilegierte gesellschaftliche Gruppen auch in höherem Maße in freiwilligen gesellschaftlichen Aktivitäten beteiligt sind. Gleichzeitig gibt es jedoch auch Hinweise auf eine zunehmende Aktivierung von sozial benachteiligten und aus der Erwerbsarbeit ausgeschiedenen Gruppen.

Als deutlicher Trend zeichnet sich eine Verlagerung des Engagements aus den Bereichen politischer Parteien und Bürgerinitiativen hin zu überschaubaren Formen der Alltagssolidarität in den lebensweltlichen sozialen Netzen ab. Das gilt vor allem für Heranwachsende, die ihre Handlungsbereitschaften immer weniger auf den politischen Raum ausrichten.

Für einen Rückgang der zentralen Wertigkeit der Erwerbsarbeit für die individuelle Identität von Personen gibt es keine Hinweise. Eher im Gegenteil: Gerade auch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind die subjektiven Sinnerwartungen an die Arbeit gewachsen. Das liegt durchaus im Trend einer allgemeinen Entwicklung, daß Tätigkeiten weniger in ihrer instrumentellen Funktion bewertet werden, sondern unter dem Aspekt der in ihnen selbst vermittelten Sinnschöpfung.

Das nicht unbeträchtliche Potential freiwilligen sozialen Engagements erfordert die Entwicklung neuer gesellschaftlicher Aktivierungsfelder. Die traditionellen Rekrutierungsinstitutionen werden dies ohne einen tiefgreifenden Wandel ihrer Leitbilder und ihres öffentlichen Erscheinungsbildes kaum leisten können. In seiner Gesellschaftsdiagnose spricht Helmut Klages von dem immer deutlicher erkennbaren “Grundbedürfnis” einer wachsenden Anzahl von Personen, “Subjekt des eigenen Handelns zu sein, das keineswegs mit dem Gemeinwohl in Widerspruch steht” (ebd.). Diesem Grundbedürfnis müssen die Handlungsformen bürgerschaftlichen Engagements Rechnung tragen.

Was bedeuten solche Analyse für die Frage nach den Solidaritätsressourcen in der postmodernen Gesellschaft vom Typus der Bundesrepublik. Ich möchte drei Thesen daraus ableiten:

1. Eine sich zunehmend individualisierende Gesellschaft erzeugt nicht notwendigerweise isolierte und vereinsamte Ego-Menschen. Es existieren in dieser Gesellschaft ganz im Gegenteil hohe Potentiale für solidaritätsfördernde Netze. Aber diese Netze haben zugleich die Tendenz zu "Stammes-kulturen": Unterstützt wird, wer zu uns gehört, zu meiner Familie, zu meinem Clan, zu meiner Szene oder zu meiner Selbsthilfegruppe.

2. Diese Netze und die mit ihnen assoziierten Solidaritätspotentiale reproduzieren die grundlegenden Formen gesellschaftlicher Ungleichheit. Eine Sozialpolitik, die sich allein auf sie verläßt, wird gesellschaftliche Spaltungen vertiefen und nicht nur die vorhandene Ungleichheit in der Verteilung materieller Ressourcen reproduzieren, sondern auch die ungleichen Zugänge zu sozialen und psychosozialen Ressourcen verschärfen.

3. Aber die erforderliche Sozialpolitik, die auf Chancenungleichheit reagiert, muß von den noch immer vorherrschenden kompensatorischen und befriedenden Strategien Abschied nehmen. Sie muß alle Personen im Sinne des Empowerment-Ansatzes als Menschen sehen und behandeln, die den Wunsch haben, Subjekt des eigenen Handelns zu sein.

DIE GEFAHR DES TRIBALISMUS

Die aktuellen gesellschaftlichen Umbrüche, die die Lebensbedingungen und Konzepte vom richtigen Leben grundlegend verändern, bilden eine brisante Mischung "riskanter Chancen" und zunehmend zeigt sich, daß sich in spezifischen gesellschaftlichen Segmenten oder Milieus eher die Chancenseite der Postmoderne akkumuliert und in anderen sich die Risikoseite geballt auffinden läßt. Aber diese Milieus wissen kaum etwas voneinander. Die soziale Wahrnehmung für die Verschiedenheit ist nicht entwickelt und will wohl auch nicht entwickelt sein, vor allem nicht von der "Sonnen-" auf die "Schattenseite". Gerhard Schulze hat dies eingängig beschrieben: "In der Kultur des Reichtums ist Armutswissen zum größten Teil professionell hergestelltes Wissen, nicht etwa Erfahrungsbestand des Alltagslebens. Wohlversorgt mit Informationen, Sozialreportagen, mo-

ralischen Kommentaren und Talkshows mit Betroffenen, wissen wir doch nur gerade so viel über Armut, wie man auf diesen Wegen erfahren kann. (...). Es gibt kein deutlich sichtbares Milieu der Armut mehr, keine jedermann bekannten Armenviertel, keine zerlumpte Kleidung und zerrissenes Schuhwerk als Erkennungszeichen. An die Stelle einer ehemals klar erkennbaren Subkultur der Armut ist eine Vielzahl von Typen und Szenarien getreten, deren Gemeinsamkeit sich auf das Merkmal des Mangels beschränkt" (1985, S. 56). Aber nicht nur die geringere Sichtbarkeit von Armut und Lebensrisiken beeinträchtigt die soziale Wahrnehmung, sondern auch die Abwehrstrukturen von erlebnisorientierten Normen der postmodernen Lebensführung. Sie befördern Stammeskulturen in hohem Maße. "Mitten im Globalisierungsschub der neunziger Jahre ist nichts populärer als der Versuch, Enklaven des Glücks einzuzäunen. (...) Das für die Kultur des Reichtums grundlegende Denkmuster tritt in der gegenwärtigen Krise noch einmal besonders deutlich hervor, fast als leuchtete es ein letztes Mal auf, bevor es ausgebrannt ist" (Schulze, S. 53). Die tiefensitzende, aber natürlich cool geleugnete Angst, die eigene Fun-Kultur könnte implodieren, wird zu einer Wahrnehmungsabwehr für Realitäten außerhalb des eigenen homogen zusammengesetzten Stammes.

Zygmunt Bauman (1992), ein vorsichtig-reflektierter Anhänger postmoderner Lebensformen, sieht sehr deutlich die Gefahren dieses Neotribalismus: "Die postmoderne Welt des fröhlichen Durcheinander wird an den Grenzen sorgfältig von Söldnertruppen bewacht, die nicht weniger grausam sind als die, die von den Verwaltern der jetzt aufgegebenen Globalordnung angeheuert waren. Lächelnde Banken strahlen nur ihre jetzigen und zukünftigen Kunden an. Die Spielplätze der glücklichen Käufer sind von dicken Mauern, elektronischen Spionen und bissigen Wachhunden umgeben. Höfliche Toleranz gilt nur für diejenigen, die hereingelassen werden. Und also scheint die Grenzziehung zwischen dem Drinnen und dem Draußen nichts von ihrer Gewalttätigkeit und genozidalen Kraft verloren zu haben" (S. 317).

Meine ersten Assoziationen bei diesen Formulierungen waren die Abschottungsversuche der deutschen Politik gegenüber Asylsuchenden durch die entsprechenden Gesetze. Aber diese Analyse gibt natürlich auch innergesellschaftlich einen Sinn. Die postmoderne Gesellschaft setzt weniger repressive Formen gesellschaftlicher Ordnungspolitik ein

und deshalb entsteht leicht die Illusion von Toleranz für Verschiedenheit, aber die Regeln von Dazugehörigkeit und Beteiligung an den Ressourcen sind in ihrer Anwendung brutal: "In der postmodernen Praxis kocht die Freiheit auf die Entscheidungsfreiheit der Konsumenten herunter. Um sie zu genießen, muß man erst einmal Konsument sein. Diese Ausgangsbedingung läßt Millionen im Abseits. Wie die ganze moderne Ära hindurch, disqualifiziert Armut auch in der postmodernen Welt. Freiheit in ihrer neuen Lesart, der Markt-Interpretation, ist ebenso sehr ein Privileg wie sie es in ihren älteren Versionen war. (...) Die Verschiedenheit gedeiht; und der Markt gedeiht mit. Genauer, nur solche Verschiedenheit darf gedeihen, die dem Markt nützt. Wie schon vorher der humorlose, machtgierige und eifersüchtige Nationalstaat, lehnt der Markt Selbstverwaltung und Autonomie ab - die Wildnis, die er nicht kontrollieren kann. Wie vorher, muß für Autonomie gekämpft werden, wenn Verschiedenheit etwas anderes bedeuten soll als Vielfalt marktgängiger Lebensstile - eine dünne Lackschicht veränderlicher Moden, die die gleichförmig marktabhängige Lage verbergen soll" (Bauman 1992, S. 334f.).

So entsteht eine paradoxe Situation. Für die Erlebnissituation des postmodernen Subjekts werden gerne Metaphern wie "Nomadentum", "Nicht-Seßhaftigkeit" oder "Unbehaustheit" herangezogen, aber es darf bitte nicht wörtlich gemeint sein: Gerade die Menschen, die kein gesichertes Dach über dem Kopf haben, fallen aus dieser Welt heraus und wenn sie darin auftauchen, dann kommt es zu einer Haltung, die zum Titel eines Buches über "Solidarität in der Krise" wurde: "Eure Armut kotzt uns an!" (Hengs-bach und Möhring-Hesse 1995). In einer fränkischen Verordnung aus dem 6. Jahrhundert hieß es über nichtseßhafte Menschen: "Schlecht ist ein Mensch, der im Gau lebt, aber nichts hat, wovon er sein Leben fristet und womit er wirkt, sondern nur durch die Wälder streift" (zit. nach Polligkeit 1938, S. 17). Sind die Menschen der postmodernen Erlebnisgesellschaft, die ihre auf Permanenz angelegte Inszenierung von Glück für ein Privileg ihres Stammes betrachten, sehr weit von dieser Einstellung entfernt?

SOZIALPOLITISCHE PROFILLINIEN FÜR EINE DEMOKRATISCHE WOHLFAHRTSGESELLSCHAFT

Auf dem Hintergrund solcher Leitbildüberlegungen für eine Wohlfahrtsge-
sellschaft, die natürlich noch klarer exponiert werden müßten, lassen sich
einige *sozialpolitische Konsequenzen* ableiten:

1. Die gegenwärtige Standortdebatte darf nicht auf ökonomische Prozes-
se reduziert werden. Eine demokratische Wohlfahrtsgesellschaft braucht
neben dem ökonomischen auch kulturelles und *soziales Kapital*. Gemeint
sind damit soziale Lebenszusammenhänge oder Lebenswelten, in denen
jede Bürgerin und jeder Bürger die Chance hat, "Subjekt des eigenen
Handelns" zu werden und in diesem Handeln seine Identität entwerfen,
entwickeln und verändern zu können. Identität braucht Anerkennung und
Anerkennung ist an soziale Zugehörigkeiten gebunden. Identität in diesem
Sinne war in den Industriegesellschaften vor allem durch Erwerbsarbeit
abgesichert. In dramatischer Weise lösen sich gegenwärtig arbeitsvermit-
telte Anerkennungsverhältnisse auf und bilden zunehmend weniger Identi-
tätsgaranten. Soziale Zugehörigkeit, Lebenssinn und Identitätsarbeit in
einer Zivilgesellschaft bedarf der Einbindung in "posttraditionale Gemein-
schaften", deren aktive Förderung zu einem zentralen Anliegen staatli-
chen Handeln werden muß. Die Systeme sozialer Sicherung müssen von
der Erwerbsarbeit abgekoppelt werden.

2. Woher soll dieses "soziale Kapital" in Zeiten der zunehmenden Indivi-
dualisierung kommen? Verbraucht nicht der Individualisierungsprozeß
alle Gemeinsinnressourcen? Sie werden verbraucht und zugleich auf
"wunder-same" Weise erneuert! Verbraucht scheinen die klassischen
Ressourcen aus dem Quell der Pflicht, der asketischen Selbstverleug-
nung, von Dienen und sich darin das "Himmelreich" verdienen. Aus dem
oft so gnadenlos verteufelten Quell der Selbstentfaltung und -gestaltung
scheinen am ehesten die neuen Gemeinschaftsressourcen zu sprudeln.
Menschen tun etwas für sich und überraschenderweise entsteht dabei
nicht nur der "Tanz um das goldene Selbst", was von antihedonistischen
Moralisten prophezeit worden ist und wird, sondern die Motivquellen
werden vielfach in Gemeinschaftsinitiativen investiert. Den vielfach vor-
hergesagten "Egotripler", "Ein-siedlerkrebs" oder "Großstadteremiten"
gibt es, aber er beherrscht nicht die Städte, sondern dort entdecken wir
eher die Bürgerinnen und Bürger, die multipel sozial vernetzt sind und
sich sogar gelegentlich sozial übersättigt fühlen.

3. Im Widerspruch zu öffentlichen Klagen ist soziales Engagement - verglichen mit den 50er und 60er Jahren - in allen Kommunen ein Wachstumsbereich. Klage geführt wird meist von Vertretern klassischer karitativer Verbände, bei denen real ein Einbruch an ehrenamtlichem Engagement zu registrieren ist. Der kirchlich verbandlich ungebundene Bereich bürgerschaftlichen Engagements nimmt zu und ist zu einem eigenständigen, pluralen und oft unbequemen Teil der sozialen Infrastruktur geworden. Kommunen und übergeordnete staatliche Instanzen haben unterschiedlich viel zur Förderung dieses Wurzelwerkes bürgerschaftlichen Engagements getan. Häufig hatte es den Charakter einer "Schönwetter"-Förderung, die bei gefüllten Kassen gewährt wird und die bei knappen Ressourcen auch wieder gesrichen werden kann (Beispiel: Streichung des §20 Gesundheitsförderung). Es wird geschätzt, daß sich in der BRD mehr als 2 Millionen Menschen in Selbsthilfeinitiativen betätigen. Das sind rund 3% der Erwachsenenbevölkerung. Das Potential ist sicher größer, wenn man diverse Vereine und die entstehenden Freiwilligenagenturen dazu rechnet. Verglichen mit anderen europäischen Ländern ist das trotzdem immer noch sehr wenig. In den Niederlanden sind nach Expertenschätzungen fast die Hälfte der Erwachsenen bürgerschaftlich aktiv. 25% betätigen sich im Durchschnitt 15,5 Stunden pro Monat. Der Gesamtwert dieser Aktivitäten entspricht ca. 8% des Bruttonettoproduktes. Bei etwa einem vergleichbarem Anteil der bundesdeutschen Bevölkerung ist eine Bereitschaft zu einem solchen sozialen Engagement ermittelt worden. Es kommt darauf an, Gelegenheitsstrukturen dafür zu schaffen und einen verlässlichen Anteil der staatlichen Budgets dafür festzulegen.

4. Aktivitäten zur Schaffung sozialen Kapitals bedürfen nicht nur der öffentlichen Anerkennung und Wertschätzung, sondern sie müssen als Wertschöpfung begriffen werden: Nicht nur die Erwerbsarbeit, sondern auch soziale Gemeinschaftsinitiativen schaffen Werte, ohne die eine postindustrielle Gesellschaft gar nicht existieren könnte. Wenn soziale Tätigkeiten so begriffen werden, dann müssen sie unserer Gesellschaft auch etwas "wert" sein. Die klassischen unverbindlichen und oft sogar zynisch wirkenden Anerkennungsformen für ehrenamtliche Tätigkeiten reichen nicht aus. Modelle monetärer Anerkennung, die gegenwärtig zur Diskussion gestellt werden, müssen ernsthaft aufgegriffen und umgesetzt werden: z.B. Anrechnung sozialen Engagements auf Steuer und Alterssicherung; steuerfinanzierte Grundsicherung oder "Bürgergeld für alle";

"öffentliche Stipendien" für die Beteiligung an gemeinschaftsorientierten Aktivitäten. Gestaltende Sozialpolitik muß Abschied nehmen von der Idee einer "Notversorgung" der Armen und Schwachen, sondern sollte von der Idee der Förderung und Schaffung der Ressourcen sozialer Selbstgestaltung bestimmt sein.

LITERATUR

- BUND & Misereor (Hg.) (1996). *Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung*. Basel: Birkhäuser.
- Coleman, J.S. (1988). Social capital in the creation of human capital. *American Journal of Sociology*, 94, S. 95 - 120.
- Dettling, W. (1995). *Politik und Lebenswelt. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Deutsche Gesellschaft für Freizeit (DFG) (1995). *Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft. Daten und Stellungnahmen zu Punkten der Großen Anfrage im Deutschen Bundestag*. o.O.
- Frankenberg, G. (1994), Solidarität in einer "Gesellschaft der Individuen"? Stichworte zur Zivilisierung des Sozialstaats. In: G.Frankenberg (Hrsg.), *Auf der Suche nach der gerechten Gesellschaft* (S. 210 - 223). Frankfurt: Fischer.
- Frankenberg, G. (1997). *Die Verfassung der Republik. Autorität und Solidarität in der Zivilgesellschaft*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Gaskin, K., Smith, J.D., Paulwitz, I. et al. (1996). *Ein neues bürgerschaftliches Europa*. Freiburg: Lambertus.
- Giddens, A. (1997). *Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Guldimann, Tim et al. (1978). *Sozialpolitik als soziale Kontrolle. Starnberger Studien 2*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Heinze, R.G. & Bucksteeg, M. (1996). Freiwilliges soziales Engagement in NRW: Potentiale und Förderungsmöglichkeiten. In MAGS von NRW (Hrsg.), *Zukunft des Sozialstaates. Freiwilliges soziales Engagement und Selbsthilfe*. Düsseldorf.
- Heinze, Rolf & Keupp, Heiner (1997). *Gesellschaftliche Bedeutung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit*. Gutachten für die "Kommission für Zukunftsfragen" der Freistaaten Bayern und Sachsen. Bochum/München.
- Hengsbach, F. & Möhring-Hesse, M. (Hrsg.), *Eure Armut kotzt uns an! Solidarität in der Krise*. Frankfurt: Fischer.
- Hoffmann-Nowotny, H.-J. (1984). Auf dem Weg zu einer Gesellschaft von Einzelgängern? *Neue Züricher Zeitung*, Nr. 155 vom 07.07.1984, S. 9. S. 299 - 322.
- Körper-Stiftung (Hrsg.). *Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft?* 13./14.11.1993.
- Marbach, J.H. & Mayr-Kleffel, V. (1988). Soweit die Netze tragen ... Familien und soziales Umfeld. In Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.), *Wie geht's der Familie? Ein Handbuch zur Situation der Familien heute*. München: Kösel.
- Meier, B. (1996). *Sozialkapital in Deutschland. Eine empirische Skizze*. Köln: Deutscher Instituts-Verlag.

- Nadai, E. (1996). *Gemeinsinn und Eigenutz. Freiwilliges Engagement im Sozialbereich*. Bern: Haupt.
- Polligkeit, W. (1938), Die Haltung der Volksgemeinschaft gegenüber dem nichtseßhaften Menschen. In Bayerischer Landesverband für Wanderdienst, München (Hrsg.). *Der nichtseßhafte Mensch. Ein Beitrag zur Neugestaltung der Raum- und Menschenordnung im Großdeutschen Reich* (S. 17 - 40). München: C.H.Beck.
- Prokop, E., Schroll-Decker, I. & Hofer, B. (1996). *Ehrenamtliche soziale Arbeit in der städtischen Gesellschaft*. München: Verein für Fraueninteressen e.V..
- Putnam, R.D. (1995). Bowling alone: America's declining social capital. *Journal of Democracy*, 6, 65 - 78.
- Roth, S. & Simoneit, G. (1993). Vergesellschaftung durch ehrenamtliche Tätigkeit im sozialen Bereich. In M.Kohli et al. (Hrsg.), *Engagement im Ruhestand. Rentner zwischen Erwerb, Ehrenamt und Hobby*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 143 - 179.
- Schulze, G. (1995). Kontrapunkt: Armut in der Kultur des Reichtums. In F.Hengsbach & M.Möhring-Hesse (Hrsg.), *Eure Armut kotzt uns an! Solidarität in der Krise* (S. 52 - 66). Frankfurt: Fischer.
- Statistisches Bundesamt (o.J.). *Sonderauswertung zur Broschüre "Wo bleibt die Zeit" - Ergebnis der Zeitbudgeterhebung 1991/92*.
- Taylor, C. (1993). Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie? *Transit*, 5, 5 - 20.
- Trojan, A.& Stumm, B. (Eds.) (1992). *Gesundheit fördern statt zu kontrollieren*. Frankfurt: Fischer.
- Ueltzhöffer, J. (1996). Wege zur Bürgergesellschaft: die Geislingen-Studie. In W.R.Wendt u.a., *Zivilgesellschaft und soziales Handeln. Bürgerschaftliches Engagement in eigenen und gemeinschaftlichen Bezügen*. Freiburg: Lambertus, 121 - 137.